

9/a

Ref. o.263.1 - LEU/CUP

Datum: 28. November 1991

N O T I Z
an den Presse- und Informationsdienst

Beitrag zum WOCHENTELEX

Titel: Verschiebung der Rotkreuzkonferenz in Budapest
(Abdruck eines an alle diplomatischen Vertretungen gesandten Telex)

Teil I Teil II

verfasst von: Livia Leu

Tel. . 61.35.39

geschrieben auf
Textverarbeitung von: Karin Beck

Tel. 61.35.55

Direktion für
internationale Organisationen
Der Direktor



Jean-Pierre Keusch

1 Beilage

Verschiebung der Rotkreuzkonferenz in Budapest

60 Stunden vor Beginn der offiziellen Eröffnungsfeier ist am Dienstag abend die 26. internationale Rotkreuzkonferenz, die vom 29. November bis zum 6. Dezember in Budapest hätte stattfinden sollen, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Grund für diese Entscheidung ist die ungelöste Frage der Teilnahme einer palästinensischen Vertretung, die den Verlauf der Konferenz ernsthaft zu gefährden drohte. Die USA widersetzten sich konsequent, dem von der arabischen Liga geforderten Beobachterstatus für Palästina mit dem offiziellen Argument, dass mit der (unbestrittenen) Anwesenheit der palästinensischen Rothalbmondgesellschaft den Anliegen des humanitären Völkerrechts Genüge getan sei. In Wirklichkeit ging es den Amerikanern einerseits darum, eine nach dem Golfkrieg unberechtigte Aufwertung der PLO zu verhindern, andererseits die Madrider Formel einer gemischten palästinensisch-jordanischen Delegation nicht durch Zulassung einer ausschliesslich palästinensischen Vertretung in Budapest zu schwächen. Für die arabischen Länder handkehrum, die Palästina als Vertragsstaat der Genfer Konventionen und damit an sich als voll teilnahmeberechtigt betrachten, stellte ein Beobachterstatus bereits einen weitgehenden Kompromiss dar. Nachdem auch intensive Verhandlungen in Budapest, Washington und Tunis keinen Ausweg aus dieser Pattsituation gebracht hatten, entschied sich die Ständige Kommission, der in dieser Frage das letzte Wort zu steht, gegen die Durchführung der Konferenz.

Dieser Beschluss ist vor dem Hintergrund der letzten internationalen Rotkreuzkonferenz zu sehen, die 1986 in Genf abgehalten wurde. Damals hatte die Teilnahme Südafrikas ähnliche Schatten vorausgeworfen, denen vielleicht nicht genügend Rechnung getragen wurde. Die Frage blockierte in der Folge den Beginn der Arbeiten, und nach langen, unfruchtbaren Diskussionen und einem peniblen Abstimmungsprozedere wurde die südafrikanische Regierungsdelegation des Saales verwiesen. Das Konferenzklima war nun natürlich nicht mehr ideal, um in aller Sachlichkeit über die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts und die Ziele der Rotkreuzbewegung zu debattieren.

Die Ständige Kommission weist in ihrem Pressecommuniqué auf die apolitische Ausrichtung der Rotkreuzbewegung hin und bedauert es ausserordentlich, dass die Regierungsdelegationen keine allseitig akzeptable Lösung dieses politischen Problems gefunden haben. Sie betont gleichzeitig, dass die Rotkreuzbewegung ihre Tagungen, die seit dem 22. November 1991 angelaufen sind, ungestört weiterzuführen und dringende humanitäre Fragen in Abwesenheit der Regierungsvertreter zu behandeln gedenke.

Spezielle Enttäuschung über die Verschiebung "sine die" ist vor allem beim IKRK zu spüren, das die Konferenz unter allen Umständen, selbst unter Inkaufnahme einer Abstimmung, durchführen wollte. Obschon die kurzfristige Absage aller Orten einen schalen Nachgeschmack hinterlässt, scheint dies dennoch die Lösung

mit dem geringsten politischen Schaden zu sein. Wäre es wie 1986 in Genf zu einem tagelangen Schlagabtausch gekommen, hätte dies bald die Schlagzeilen der Presse gefüllt.

Der Schweiz kam bei der Organisation dieser Konferenz keine besondere Rolle zu. Unser Land unterstützte im Hintergrund die ungarischen Organisatoren und versuchte im Rahmen seiner Möglichkeiten auch zur Lösung der politischen Probleme beizutragen. So wurden insbesondere verschiedene Gespräche mit amerikanischen Regierungsvertretern geführt, in denen sich die Schweiz für einen Beobachterstatus für die Palästinenser einsetzte. Unser Land stand stets in engem Kontakt mit dem IKRK und war auch zu Demarchen in anderen Ländern bereit. Da in der Endphase der Ball allerdings ausschliesslich bei den beiden "Keyplayers" sowie beim IKRK und der Ständigen Kommission lag, ist es in Absprache mit dem IKRK nicht mehr dazu gekommen. Die Tatsache, dass sich diese Verhandlungen zeitlich derart zugespitzt haben, ist vor allem mit Blick auf den Madrider Prozess zu sehen, der die Suche nach einer Lösung für diese politisch weniger wichtige Veranstaltung fast gänzlich blockiert hatte.

Wer von den politischen Akteuren mit der Verschiebung der Konferenz einen Sieg davongetragen hat, ist letztlich eine Frage des Standpunktes. Man kann allerdings nicht umhin zu bemerken, dass die PLO offenbar doch schwergewichtig genug ist, eine internationale Konferenz zum Platzen zu bringen. Ob die Amerikaner damit ihr Ziel eines "no upgrading whatsoever" wirklich erreicht haben, bleibe dahingestellt.